GLOBAL 11.02.2020 | Yuval Noah Harari

Eine kurze Geschichte der Wahrheit

Bestseller-Autor Yuval Noah Harari über den Unterschied zwischen Wahlen und Wahrheitsfindung.

Lesen Sie diesen Artikel auch auf Russisch.

Die Wahlsaison in den Vereinigten Staaten, die kürzlich mit den demokratischen Vorwahlen in Iowa in eine neue Phase eintrat, wird sicherlich eine der kontroversesten und am stärksten polarisierenden in der amerikanischen Geschichte. Ihre Ergebnisse werden weltweit nachklingen und die globale Ordnung wahrscheinlich auf Jahre hinaus prägen. Während die politische Temperatur den Siedepunkt erreicht, sollten alle aber einmal darüber nachdenken, was demokratische Wahlen tatsächlich sind:

Wahlen sind keine Methode, um die Wahrheit herauszufinden. Sie sind eine Methode, um zwischen den widersprüchlichen Bedürfnissen verschiedener Menschen einen friedlichen Kompromiss zu erzielen. Vielleicht lebt man im eigenen Land zusammen mit Menschen, die man für beschränkt, dumm oder gar bösartig hält – und vielleicht denken diese Menschen das gleiche über einen selbst. Aber trotzdem möchte man mit diesen Leuten einen friedlichen Kompromiss finden, oder wollen Sie Ihre Meinungsverschiedenheiten lieber mit Bomben und Gewehren ausfechten?

Wahlen sind keine Methode, um die Wahrheit zu herauszufinden. Sie sind eine Methode, um zwischen den widersprüchlichen Bedürfnissen verschiedener Menschen einen friedlichen

Da Wahlen eine Methode sind, um zu einem Kompromiss über unsere Bedürfnisse zu kommen, werden die Menschen in den Wahllokalen nicht gefragt, was die Wahrheit ist. Sie werden gefragt, was sie wollen. Darum haben alle Bürger das gleiche Wahlrecht. Sucht man nach der Wahrheit, haben die Meinungen verschiedener Menschen ein unterschiedlich starkes Gewicht. Aber wenn es um Bedürfnisse oder Wünsche geht, muss jeder gleich behandelt werden.

Kompromiss zu erzielen.

Nach dem Brexit-Referendum von 2016 protestierte beispielsweise der bedeutende Biologe Richard Dawkins, die große Mehrheit der britischen Öffentlichkeit hätte nie zu dieser Abstimmung aufgefordert werden sollen, da es ihr am nötigen politischen und wirtschaftlichen Hintergrundwissen mangele. „Genauso gut hätte man zu einer landesweiten Abstimmung darüber aufrufen können, ob Einsteins Algebra richtig ist“, schrieb er.

Seine Analogie ist jedoch falsch. Eine Volksabstimmung darüber, ob Albert Einsteins Relativitätstheorie anerkannt werden sollte, ist eine lächerliche Idee, da dies eine Frage der Wahrheit ist, die man den Experten überlassen sollte. Diskutiert man über Relativität, zählt die Meinung eines einzigen Physikprofessors weit mehr als diejenige von tausend Historikern oder tausend Rechtsanwälten.

Aber bei der Frage, die 2016 beim Referendum auf dem Wahlzettel stand, ging es nicht um die Wahrheit. Sie lautete: „Soll das Vereinigte Königreich Mitglied der Europäischen Union bleiben oder sie verlassen?“ Dies ist die Frage nach einem Wollen, und es gibt keinen Grund, die Wünsche von Experten gegenüber jenen aller anderen zu bevorzugen.

Man könnte argumentieren, dass Wünsche trotzdem auf der Grundlage von Tatsachen formuliert werden und dass die Brexit-Debatte auf dem Beweis oder der Widerlegung bestimmter ökonomischer Theorien beruht. Würde der Austritt aus der Europäischen Union beispielsweise das britische Bruttoinlandsprodukt steigern oder verringern? Die meisten Menschen sind nicht in der Lage, eine derart komplizierte wirtschaftliche Frage zu beantworten. Daher könnte man zu dem Schluss kommen, der Brexit hätte wirklich den Experten überlassen werden sollen.

Wäre das BIP das einzige relevante Kriterium, wäre die Frage des Brexits tatsächlich am besten von einer kleinen Gruppe von Fachleuten entschieden worden. Aber die Menschen können die Union durchaus aus anderen Gründen verlassen wollen – selbst wenn ein solcher Schritt in die wirtschaftliche Katastrophe führt. Denn in einer Demokratie haben Menschen ganz eindeutig das Recht, nationalistische Gefühle und religiöse Ideale über wirtschaftliche Interessen zu stellen.

Experten mögen solche Präferenzen als „irrational“ beklagen, aber ihnen zu erlauben, Mitmenschen ihre Wünsche vorzuschreiben, ist der sichere Weg in den Totalitarismus. Es gibt einen Witz, in dem ein kommunistischer Aktivist vor einer Gruppe von Arbeitern redet und ihnen verspricht: „Wenn die Revolution kommt, werdet ihr alle Erdbeeren mit Sahne essen!“ Ein Arbeiter hebt seine Hand und sagt:

„Aber ich mag keine Erdbeeren mit Sahne.“ Sofort antwortet der Kommunist in einem leicht drohenden Tonfall: „Wenn die Revolution kommt, wirst du Erdbeeren mit Sahne mögen.“

Da es bei Wahlen nicht um die Wahrheit geht, sondern um Anliegen, sollten Experten kein besonderes Wahlrecht bekommen. Aber aus genau diesem Grund müssen Regierungen auch die Unabhängigkeit von Wissenschaft, Gerichten und Medien respektieren. Regierungen repräsentieren zwar den Willen der Mehrheit, aber die Wahrheit darf nicht dem Mehrheitswillen untergeordnet werden, da Menschen sie häufig zu etwas anderem machen wollen, als sie ist.

Beispielsweise wünschen sich christliche Fundamentalisten inständig, die heiligen Schriften möchten wahr sein und die Evolutionstheorie falsch. Aber selbst wenn 90 Prozent der Wähler christliche Fundamentalisten sind, dürfen sie nicht die Macht haben, die wissenschaftliche Wahrheit vorzugeben oder Wissenschaftler davon abzuhalten, unbequeme Wahrheiten zu entdecken und zu veröffentlichen. Im Gegensatz zum Parlament dürfen die Lehrstühle für Biologie nicht den Willen des Volkes widerspiegeln. Sicher kann das Parlament ein Gesetz darüber verabschieden, dass die Evolutionstheorie falsch ist, aber ein solches Gesetz ändert nichts an der Wirklichkeit.

Selbst wenn ein Parlament gesetzlich verfügt, dass alle Anschuldigungen gegen den Anführer falsch sind, ändert ein solches Gesetz nichts an den Tatsachen.

Anderes Beispiel: Wenn ein charismatischer Anführer wegen Korruption angeklagt wird, wünschen sich seine loyalen Unterstützer normalerweise, die Anschuldigungen möchten falsch sein. Aber selbst wenn die Mehrheit der Wähler ihn unterstützt, dürfen ihre Wünsche Journalisten und Richter nicht davon abhalten, die Vorwürfe zu untersuchen und die Wahrheit herauszufinden. Und selbst wenn ein Parlament gesetzlich verfügt, dass alle Anschuldigungen gegen den Anführer falsch sind, ändert ein solches Gesetz nichts an den Tatsachen.

Natürlich haben Wissenschaftler, Journalisten und Richter ihre eigenen Probleme. Man kann nicht immer darauf vertrauen, dass sie wirklich die Wahrheit herausfinden und aussprechen. Akademische Institutionen, Medien und Gerichte können durch Korruption, Voreingenommenheit oder Fehler beeinträchtigt werden. Unterwirft man sie allerdings einem staatlichen Wahrheitsministerium, macht man die Dinge wahrscheinlich noch schlimmer. Bereits jetzt ist die Regierung die mächtigste Institution in der Gesellschaft, und oft ist sie am stärksten von allen daran interessiert, unbequeme Wahrheiten zu verzerren oder zu vertuschen.

Ermöglicht man es der Regierung, die Suche nach der Wahrheit zu kontrollieren, ist das so, als würde man den Fuchs damit beauftragen, den Hühnerstall zu bewachen.

Will man die Wahrheit schützen, ist es besser, sich auf zwei andere Methoden zu verlassen:

Erstens verfügen akademische Institutionen, Medien und Justizsystem über ihre eigenen internen Mechanismen, mit denen sie Korruption bekämpfen, Vorurteile korrigieren und Fehler aufdecken können. In der akademischen Welt ist die Peer-Group-Veröffentlichung unter Kollegen eine viel bessere Methode zur Fehlerbekämpfung als die Überwachung durch Regierungsbeamte, und akademische Beförderungen hängen oft von einer erfolgreichen Aufdeckung vergangener Fehler oder der Entdeckung bisher unbekannter Tatsachen ab. Vermeidet es eine Zeitung, einen Skandal zu veröffentlichen, sorgt der freie Wettbewerb unter den Medien dafür, dass die Geschichte von der Konkurrenz gedruckt wird. Und im Justizsystem kann ein Richter, der Bestechungsgelder nimmt, genau wie jeder andere Bürger angeklagt und bestraft werden.

Zweitens gibt es einige unabhängige Einrichtungen, die sich auf unterschiedliche Art um die Wahrheit bemühen. Mit ihrer Hilfe können sich die oben genannten Institutionen gegenseitig überprüfen und korrigieren.

Gelingt es mächtigen Konzernen beispielsweise, den Mechanismus der Peer-Group-Beurteilung zu sabotieren, indem sie eine große Zahl von Wissenschaftlern bestechen, können sie durch investigative Journalisten und Gerichte bloßgestellt und bestraft werden. Und haben die Medien oder die Gerichte systematische rassistische Vorurteile, ist es häufig die Aufgabe von Soziologen, Historikern und Philosophen, diese Voreingenommenheit offenzulegen. Keiner dieser Sicherheitsmechanismen ist gefeit gegen Fehler, aber dies trifft auf alle menschlichen Institutionen zu. Und mit Sicherheit auch auf die Regierung.

Natürlich gibt es andere wichtige Gründe dafür, die Unabhängigkeit der akademischen Einrichtungen, der Medien und insbesondere der Gerichte zu schützen. Bei demokratischen Wahlen geht es um Wünsche, und der eine Wunsch, den wir alle gemeinsam haben, ist zu gewinnen. Wie können wir nun gewährleisten, dass mächtige politische Parteien das Spiel nicht zu ihren Gunsten beeinflussen?

Bei einem Fußballspiel ist klar, dass der Schiedsrichter keiner der

konkurrierenden Mannschaften angehören darf. Streiten sich die Spieler darüber, ob es ein Foul gab oder nicht, brauchen sie einen Unparteiischen, um die Angelegenheit zu regeln. Dasselbe gilt auch für eine Demokratie. Auch sie ist ein Spiel mit Regeln, und sogar einer Mehrheit der Wähler darf es nicht erlaubt sein, diese Regeln zu brechen. Verabschieden beispielsweise 51 Prozent der Wähler ein Gesetz, das es den anderen 49 Prozent verbietet, an zukünftigen Wahlen teilzunehmen, sollte irgendein unabhängiger Schiedsrichter „Foul" rufen und dieses Gesetz stoppen – sogar dann, wenn es von der Mehrheit der Wähler unterstützt wird. In den meisten Demokratien ist dieser unabhängige Schiedsrichter ein Oberstes Gericht. Wird dessen Unabhängigkeit gefährdet, verwandelt sich das Spiel der Demokratie in eine Diktatur der Mehrheit.

In den meisten Demokratien ist dieser unabhängige Schiedsrichter ein Oberstes Gericht. Wird dessen Unabhängigkeit gefährdet, verwandelt sich das Spiel der Demokratie in eine Diktatur der Mehrheit.

Als Beispiel dafür kann das wichtige Thema des Klimawandels dienen: Die Frage, „Führt menschliches Handeln dazu, dass sich das Klima der Erde erwärmt", ist eine Frage nach der Wahrheit. Viele Menschen wünschen sich, die Antwort auf diese Frage wäre „nein", aber das ändert nichts an der Wirklichkeit. Also wäre es lächerlich, diese Frage einer Volksabstimmung zu unterwerfen, bei der alle Menschen über gleiche Wahlrechte verfügen.

Stattdessen muss sie von den zuständigen Experten beantwortet werden. Antworten die meisten Klimaexperten mit „ja" und die meisten Wähler mit „nein", sollten wir den Experten glauben. Die Mehrheit der Wähler darf nicht die Macht haben, akademische Fakultäten und Medienkanäle daran zu hindern, unbequeme Wahrheiten zu untersuchen und zu veröffentlichen.

Natürlich steht der Wille der Wähler, wenn es um politische Entscheidungen über die Klimakrise geht, in einer Demokratie immer noch an erster Stelle. Auch wenn wir die Wahrheit des Klimawandels anerkennen, wissen wir noch nicht automatisch, was dagegen zu tun ist. Dafür gibt es verschiedene Optionen, und welche davon man wählt, ist eine Frage des Wollens.

Eine Option könnte darin bestehen, die Treibhausgasemissionen sofort zu reduzieren, auch wenn der Preis dafür ein langsameres Wirtschaftswachstum ist. Dies bedeutet, kurzfristig einige Schwierigkeiten auf uns zu nehmen, um den Menschen im Jahr 2050 größere Härten zu ersparen, Bangladesch vor dem Untergang zu retten und die Eisbären vor dem Aussterben zu bewahren. Eine zweite

Möglichkeit könnte es sein, so weiterzumachen wie bisher. Dies bedeutet, heute ein leichteres Leben zu haben, der nächsten Generation das Leben jedoch zu erschweren, einen großen Teil von Bangladesch überschwemmen und die Eisbären – ebenso wie viele andere Arten – aussterben zu lassen. Bei der Wahl zwischen diesen beiden Möglichkeiten sollten die Bedürfnisse von Experten nicht mehr zählen als die anderer Menschen.

Wollen wir es heute leichter haben und auf die Bangladescher und die Eisbären pfeifen, dürfen wir uns in einer Demokratie dafür entscheiden. Aber wir dürfen kein Gesetz erlassen, das den Klimawandel zur Falschmeldung erklärt.

Eine Option, die nicht zur Debatte steht, ist, die Wahrheit zu verstecken oder zu verzerren. Wollen wir es heute leichter haben und auf die Bangladescher und die Eisbären pfeifen, dürfen wir uns in einer Demokratie dafür entscheiden. Aber wir dürfen kein Gesetz erlassen, das den Klimawandel zur Falschmeldung erklärt. Wir können wählen, was wir wollen, aber wir sollten die tatsächliche Bedeutung unserer Entscheidung nicht leugnen.

Die Idee, Wunsch und Wahrheit zu trennen, ist nicht neu. Für gut funktionierende Demokratien war dies immer schon von entscheidender Bedeutung. Aber im 21. Jahrhundert wird es wichtiger als je zuvor, da es durch neue Technologien einfacher wird, menschliches Wollen zu manipulieren.

Die Verbindung von Biotechnologien mit Informationstechnologien gibt Regierungen und Konzernen die Möglichkeit, systematisch Millionen von Menschen zu hacken. Wir sind sehr nah an dem Punkt, an dem einige Regierungen und Unternehmen genug biologisches Wissen haben, genug Daten sammeln können und über genug Computerleistung verfügen, um uns besser zu kennen als wir uns selbst. Mithilfe mächtiger neuer Algorithmen können sie dann nicht nur unsere Entscheidungen vorhersagen, sondern auch unsere Bedürfnisse manipulieren und uns alles verkaufen, was sie wollen – seien es nun Produkte oder Politiker. Ist diese Revolution einmal vollendet, könnten die Algorithmen nicht nur dafür sorgen, dass wir gern Erdbeeren mit Sahne essen, sondern auch, dass wir die regierende Partei mögen.

Aber was geschieht, wenn die Regierung die Macht hat, den Willen dieses Volkes systematisch zu manipulieren?

In einer Demokratie repräsentiert die Regierung den Willen des Volkes.

Aber was geschieht, wenn die Regierung die Macht hat, den Willen dieses Volkes systematisch zu manipulieren? Wer repräsentiert dann wen?

Was die Sache noch schlimmer macht: Wir werden heute Zeuge des Aufstiegs populistischer Regimes, die dadurch an die Macht kommen, dass sie Hass gegen Ausländer und Minderheiten säen und systematisch alle Institutionen angreifen, die ihrer Macht im Wege stehen könnten. Tatsächlich haben sie es hauptsächlich auf jene Einrichtungen abgesehen, die die Wahrheit schützen: die Medien, die Gerichte und die Wissenschaft. Populistische Regimes haben Angst vor der Wahrheit, da sie ihnen nicht gehorcht, also behaupten sie, sie existiere nicht. Der typische Populist schmeichelt den Menschen, indem er ihnen sagt, das einzige, was zähle, seien ihre Bedürfnisse. Experten, die auf unbequeme Wahrheiten hinweisen, werden dann als Verräter gebrandmarkt, die sich angeblich dem Willen des Volkes widersetzen.

Um die Zukunft der Demokratie zu schützen, müssen wir dafür sorgen, dass die Wahrheit von unseren Wünschen unabhängig bleibt. Sich gegenüber dem abstrakten Ideal der Wahrheit loyal zu erklären ist dabei nicht genug: Der Schlüssel liegt in den Institutionen. Wie unvollkommen sie auch sein mögen, nur Institutionen können Ideale in soziale Normen verwandeln.

Egal, in welchem Land man lebt: Will man die Demokratie schützen, muss man Politiker wählen, die diejenigen Institutionen respektieren, die die Wahrheit ermitteln und veröffentlichen. Wählen Sie eine Partei, die den Menschen sagt, dass sie jede Regierung wählen können, die sie möchten, aber dass sie nicht die Wahrheit wählen können, die sie möchten.

(c) The New York Times 2020



Yuval Noah Harari
Jerusalem

Yuval Noah Harari ist Historiker, Philosoph und Autor der Bestseller *Eine*

kurze Geschichte der Menschheit, *Homo Deus – Eine Geschichte von Morgen* und *21 Lektionen für das 21. Jahrhundert*. Er lehrt an der Fakultät für Geschichte der Hebräischen Universität Jerusalem.